

HENNING SÜSSNER

## Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise.

### Die Erfahrungen der Linkspartei Schwedens

Die 1990er Jahre können als eines der erfolgreichsten Jahrzehnte der Geschichte der Linkspartei gewertet werden. Die ehemalige KP Schwedens<sup>1</sup> leitete während der Jahre 1990-1993 einen radikalen Kurs der politischen Erneuerung ein. Trotz eines gegen Ende des Jahrzehnts wachsenden Widerstands aus den Reihen von Mitgliedschaft und nicht zuletzt Jugendverband<sup>2</sup>, konnten die parlamentarischen Wahlergebnisse der Partei kontinuierlich verbessert werden. 1998 erlangte die Linkspartei 12 Prozent der Stimmen in der Reichstagswahl, erzielte ihr bestes Wahlergebnis aller Zeiten und wurde so zur drittgrößten Partei im Stockholmer Reichstag.

Das Wahljahr 1998 markierte auch politisch eine Zäsur in der Geschichte der Linkspartei, da man erstmals eine langfristige und vertraglich fixierte Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Minderheitenregierung von Premierminister Göran Persson und den Grünen vereinbaren konnte. Aus der ehemaligen »ständigen Oppositionspartei« wurde so eine Partei, die seit nunmehr 5 Jahren in eine begrenzte Regierungszusammenarbeit involviert ist. Mittlerweile ist das Reichstagswahlergebnis der Linkspartei zwar auf 8,3 Prozent der Stimmen gesunken, dieses Ergebnis liegt aber immer noch erheblich über den traditionellen Stimmenanteilen der ehemals eurokommunistisch orientierten Partei, liegt in bequemem Abstand von der 4-Prozent-Sperre zum Reichstag und ist, last but not least, laut Umfrageergebnissen auf einem stabilen Niveau.

Aus einer anderen Perspektive erscheint die Entwicklung der Linkspartei jedoch weniger positiv. Die Anzahl der Mitglieder ist zwar im Vergleich zu den späten 1980er Jahren auf rund 13 000 angestiegen, allerdings ist diese Zahl z. Z. stagnierend und vermutlich tendenziell sinkend.<sup>3</sup> Die Aktivitäten der Partei begrenzen sich in größerem Ausmaß als zuvor auf die Teilnahme an parlamentarischen Gremien, und vor allem die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in Verbandsarbeit, in den Gewerkschaften etc. ist markant gesunken. Vor allem auf lokaler Ebene ist Ämterhäufung inzwischen eher die Regel als die Ausnahme, da die Zahl der aktiven Mitglieder oft gleichbedeutend ist mit der Zahl der parlamentarischen Mandats- und Nebenmandatsträger.

Dies wurde vom Parteivorstand durchaus als Problem erkannt, nicht zuletzt, weil das hohe Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1998 eine strukturelle Diskrepanz innerhalb der Partei schuf zwischen den Einflussmöglichkeiten und materiellen Ressourcen der Reichstagsfraktion im Verhältnis zu den Möglichkeiten und Res-

Henning Süssner – Jg. 1970, Historiker, z. Z. Doktorand/ Forschungsassistent am Institut für Ethnizitätsstudien der Universität Linköping/ Schweden.

Beitrag auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Herausforderung Parteireform – Erfahrungen und Probleme linker europäischer Parteien bei der Umgestaltung ihrer Organisation, Struktur und Arbeitsweise« Berlin, 19./20. Juni 2003.

1 Die Linkspartei (schwedisch: Vänsterpartiet) hat eine bewegte Geschichte hinter sich, was allein schon an den zahlreichen Namenswechseln erkennbar ist: 1917 als Sozialdemokratische Linkspartei gegründet, nahm sie 1921 den Namen KP Schwedens (SKP) an und trat der Komintern bei. 1967 wurde aus SKP

»Linkspartei – die Kommunisten« (VPK) und 1990 wurde schließlich das Wort »Kommunisten« aus der Parteibezeichnung entfernt.

2 Der Jugendverband der Linkspartei änderte 1993 seinen Namen von »Kommunistische Jugend« zu »Junge Linke« (Ung Vänner).

3 Mehr dazu in den folgenden Abschnitten.

4 Der Verfasser dieser Zeilen war 1998-1999 beigeordnetes Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Linkspartei kraft seiner Funktion als Geschäftsführer des Jugendverbandes der Partei.

5 Dies ist eines der Ergebnisse der staatlichen »Demokratieuntersuchung«. Demokratiutredningen: En uthållig demokrati! Politik för folkstyrelse på 2000-talet. Demokratiutredningens betänkande (SOU 2000:1, Stockholm 2000).

6 Gösta Esping-Andersen kategorisiert das skandinavische Wohlfahrtsstaatsmodell als »universell«. Die beiden anderen westlichen Modelle sind laut Esping-Andersen das »rheinländische«, das nach korporatistischen Prinzipien funktioniert, und das angelsächsische »selektive« Modell. Gösta Esping-Andersen: The three worlds of welfare capitalism (Cambridge 1990).

7 Auch wenn Schweden, wie auch Großbritannien und Dänemark, (bislang) nicht der Währungsunion beigetreten ist, schuf die sozialdemokratische Regierung Persson sowohl die verfassungsrechtlichen als

sources des Parteiapparates. Der Parteiapparat hatte auch zunehmende Probleme, die steigende Erwartungshaltung von real-existierenden und potentiellen Mitgliedern und Wählern zu befriedigen, was dazu führte, dass die Debatte um eine Reform der Parteiorganisation seit Mitte/Ende der 1990er Jahre einen breiten Raum in der Tagesordnung der zentralen Vorstandsarbeit der Partei einnahm.<sup>4</sup>

### *Organisationskrise*

Auch wenn ein Großteil der organisatorischen Probleme der Linkspartei spezifischer Natur ist und zum Teil auf die unharmonische Entwicklung von Wahlergebnissen und Organisationsentwicklung zurückzuführen ist, ist das Gefühl, einer organisatorischen Krise ausgesetzt zu sein, eher weit verbreitet. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der rasanten Medienkarriere von Attac, in Schweden im Januar 2001 gegründet, wuchs das Interesse für neue Organisations- und Politikformen nicht nur innerhalb der Linkspartei, sondern beispielsweise auch in sozialdemokratischen Kreisen in Schweden. Dies kann kaum verwundern: Sinkende Mitgliederzahlen und eine immer rasantere »Durchschleusung« von neuen Mitgliedern haben bei den meisten politischen Parteien Schwedens zu einer schleichenden Überalterung der Mitgliedschaft geführt.<sup>5</sup>

Die Mitgliederkrise der politischen Parteien hat, von gewissen Ausnahmen abgesehen, auch Gewerkschaften und Verbände erfasst, da sich auch in Schweden das Gefüge von Politik, Freizeitverhalten und nicht zuletzt politischer Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert hat. Sowohl das schwedische Modell der in alle gesellschaftlichen Schichten reichenden und von der öffentlichen Hand geförderten Vereinsaktivitäten (gerne und oft im schwedischen Diskurs als »Volksbewegungsdemokratie« bezeichnet), als auch das lange Zeit international als Vorzeigemodell gehandelte schwedische Wohlfahrtsstaatsmodell<sup>6</sup> sind den politischen und ökonomischen Verwerfungen der letzten Jahrzehnte ausgesetzt und seit den ausgehenden 1980er Jahren auf der materiellen Ebene zunehmend verformt worden.

Es erübrigt sich hier eine Zusammenfassung der sozialen Demontage zu geben, die das »schwedische Modell« in der Praxis zu einer europäisch »harmonierten« Fassade hat werden lassen, da ähnliche Erfahrungen auch in anderen europäischen Staaten und nicht zuletzt in der Bundesrepublik gemacht worden sind. Es würde darüber hinaus den Rahmen dieses Beitrages sprengen, in diesem Zusammenhang näher auf die tieferen Hintergründe der strukturellen Veränderungen des postfordistischen Kapitalismus einzugehen. Es mag jedoch festgehalten werden, dass die größten materiellen Einschnitte in das schwedische Wohlfahrtsnetz im Zeitraum 1995-1998 im Rahmen der Anpassung an die Europäische Währungsunion<sup>7</sup> vorgenommen wurden – bezeichnenderweise unter sozialdemokratischer Ägide.

Von größerem Interesse ist, den zugrundeliegenden Prozess zu analysieren, der die Aushöhlung der erreichten sozialen Reformen politisch möglich machte. Dies erfolgte nicht zuletzt durch die Veränderung der etablierten Koordinaten des Politikverständnisses des schwedischen politischen Mainstreams.

### *Strategische Versäumnisse*

Ein wichtiger Ausgangspunkt für die Analyse der heutigen organisatorischen und strategischen Probleme der schwedischen Linkspartei ist die Feststellung, dass der schwedischen Linken in den 1970er Jahren, d. h. auf dem Gipfel ihres gesellschaftlichen Einflusses, entscheidende strategische Fehler unterlaufen sind, die dazu führten, dass sie schrittweise in die Defensive und schließlich ins ideologische Abseits gedrängt wurde.

Schon seit den 80er Jahren wiesen verschiedene kritische Stimmen darauf hin, dass es der bürgerlichen Rechten Schwedens mit einer langfristig angelegten ideologischen »Guerrillakriegführung« gelungen sei, den sozialpolitischen und bürgerrechtlichen Diskurs des Landes entscheidend zu beeinflussen. Diese »Operation Rechts-wende«<sup>8</sup> wurde bereits gegen Ende der 1960er Jahre eingeleitet und verankerte ein Gedankengut, das selbst in den Reihen der etablierten bürgerlichen Parteien Schwedens zu diesem Zeitpunkt umstritten war, in immer breiteren Kreisen der meinungsbildenden Eliten.

Die treibende Kraft hinter dieser ideologischen Offensive war nicht etwa eine der im Stockholmer Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien<sup>9</sup>, sondern der Schwedische Arbeitgeberverband (SAF)<sup>10</sup>. Der Hauptgegner war seinerzeit – auch dies ist bezeichnend – nicht die sozialdemokratische Regierung, sondern der sozialdemokratische Dachverband der Industriegewerkschaften (LO). SAF baute während der 1970er Jahre ein Netzwerk von Verlagen, PR-Einrichtungen, privaten Bildungseinrichtungen und Spezialmedien auf und finanzierte nach amerikanischem Vorbild mehrere rechte think tanks.

Die wichtigste Zielgruppe für diese Anstrengungen der ideologischen Einflussnahme waren, neben Entscheidungsträgern in öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft, Akademiker und Medienvertreter. Auf diese Art und Weise wurde allmählich der »Kampf um die Köpfe« auch einiger wichtiger sozialdemokratischer Toppolitiker gewonnen. Mit Hilfe von gezielten – und großzügig finanzierten – ideologischen Kampagnen wurde so allmählich neoliberales Gedankengut in breiten Kreisen der schwedischen akademischen und politischen Elite verankert und neue politische Konfliktlinien geschaffen, die die traditionellen Positionen der schwedischen Sozialdemokratie entscheidend schwächten.

Laut Ansicht des schwedischen Historikers Bo Stråth war das wichtigste Ergebnis der ideologisierten Debatte der 1970er, dass sich die politische Hauptfrontlinie in Schweden verschob: Seit Anfang der 1980er Jahre verläuft diese eher zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Regierungen als zwischen Sozialdemokraten und bürgerliche Rechten.<sup>11</sup> Dieser Konflikt endete zunächst mit der Niederlage der Gewerkschaften und leitete den Anfang vom Ende des schwedischen Modells ein. Es war so die sozialdemokratische Regierung des Olof-Palme-Nachfolgers Ingvar Carlsons, die 1989 den Weg ebnete für die Öffnung der schwedischen Finanzmärkte und den Abbau des bis dahin stark expansiven öffentlichen Sektors und eine umfassende Lastenumverteilung zu Lasten der eigenen Stammwählerschaft einleitete.

Der politische Konflikt, der während der 1980er Jahre die schwedische Sozialdemokratie erschütterte, beeinflusste in erheblichem

auch die ökonomischen Voraussetzungen für eine schwedische Mitgliedschaft. Damit verbunden waren drastische Einschnitte im Staatshaushalt gemäß den Konvergenzkriterien der Europäischen Kommission. Am 14. September 2003 lehnten 56,1 Prozent eine Beitritt Schwedens zur Europäischen Währungsunion ab.

8 Der Begriff ist dem gleichnamigen Buch von Sven Ove Hansson und Anna-Lena Lodenius von 1988 entnommen.

9 Im schwedischen Reichstag sind z. Z. sieben Parteien vertreten: SAP (sozialdemokratisch), Moderata samlingspartiet (konservativ), Vänsterpartiet (postkommunistisch), Folkpartiet (liberal), Centerpartiet (Agrarinteressenpartei) samt Christdemokraten und Grüne. Die fünf erstgenannten Parteien machen hierbei das traditionelle Parteienspektrum aus.

10 Der 1906 gegründete Dachverband hat sich im Rahmen seiner Anpassung an ein »moderneres« Verbandsimage inzwischen Svensk Näringsliv (Schwedische Wirtschaft) umbenannt.

11 Bo Stråth: *Mellan två fonder. LO och den svenska modellen* (Stockholm 1998), S. 244 f. Ein vielsagendes Beispiel dafür war der Mitte der 1980er entbrannte Konflikt im Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie, der vereinfachend und in Anspielung auf das Symbol der Sozialdemokraten in den Medien als »Krieg der Rosen« zwischen »Geschäftsstellenrechten« und »Gewerkschaftslinken« beschrieben wurde.

Ausmaß auch die eurokommunistische VPK, die zwar nicht im Selbstverständnis, wohl aber in der politischen Praxis sehr von den Vorgängen innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie geprägt war.

Das parlamentarische wie auch innenpolitische Dasein sowie das Selbstverständnis der Partei hatte sich zwangsläufig seit der Gründung der Partei im Jahre 1917 traditionell in der Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie kristallisiert. In der Praxis ausgegrenzt von Regierungsmacht und weiterem Einfluss im Reichstag aufgrund der etablierten Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit zwei bürgerlichen Mitteparteien, und der Undenkbarkeit einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien, war das Selbstverständnis der VPK nahezu zwangsmäßig fokussiert auf die Frage des Erwerbs der politischen »Verantwortungsfähigkeit«. Diese wurde auf kommunaler Ebene immer öfter direkt oder indirekt durch die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Fraktionen demonstriert.

Das Auseinanderdriften von Gewerkschaften und SAP bewirkte, dass auch dieser Grundsatzkonflikt in die VPK exportiert und zu einem Konflikt zwischen einem aktivistisch-gewerkschaftlichen Teil der VPK und einem pragmatisch-parlamentaristisch ausgerichteten Teil wurde. Hierbei spielte auch das feministische Profil der Partei eine wichtige Rolle, da die Gewerkschaftsarbeit der VPK (wie auch das Wirken der sozialdemokratischen Gewerkschaftslinken) traditionell auf männlich dominierte Industriebranchen konzentriert war. Innerhalb der VPK kulminierte dieser Konflikt allmählich in einen erbitterten Streit zwischen »Erneuerern« und »Traditionalisten«.

Die durchgreifende politische Zäsur der 1980er war jedoch das Resultat eines Prozesses der durch die Unfähigkeit linker organisierter Interessen eingeleitet wurde, die lange vorher eingeleitete ideologische Gegenoffensive der rechten Mitte frühzeitig wahrzunehmen und zu bekämpfen. Während Schwedens radikale, studentische Linke sich im Sektierertum verlor, gewisse Teile derselben den langen Marsch durch die Instanzen antraten und zu Realpolitikern wurden, hegte die Linke in Schweden lange die Illusion, dass im Lande eine Art von dauerhafter sozialdemokratischer »Hegemonie« existierte.<sup>12</sup> Während auf der einen Seite das Mantra vom Erfolg von Schwedens »drittem Weg« die politische Analyse von aktuellen Entwicklungstrends auf der nationalen wie internationalen Ebene ersetzte, entwickelte die nicht-sozialdemokratische Linke das Mantra der verbalradikalen Attacken auf die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung.

### *Repolitisierung*

Das Rollback der 1980er führte nicht nur in Schweden zu einer Abdrängung der Linken in immer weiter zurückgedrängte Verteidigungsstellungen. Was die Linkspartei betraf, wurde der Fall des real existierenden Sozialismus im östlichen Europa zum Anlass genommen, reinen Tisch mit der kommunistischen Parteigeschichte zu machen. Dies führte zunächst zu einem innerparteilichen Erdrutschsieg der Erneuererströmung, dann allmählich zu einem erbitterten Streit um das ideologische Profil der Partei, der nach wie vor nicht entschieden zu sein scheint.<sup>13</sup> Die Reideologisierung der Linkspartei

12 Åsa Linderborg hat auf beeindruckende Weise gezeigt, dass dieses Selbstverständnis nach wie vor die Selbstdarstellungen der sozialdemokratischen Elite beeinflusst. Siehe Åsa Linderborg: När socialdemokraterna skriver historia. SAP:s historieskrivning 1893 – 2000 (Stockholm 2001).

13 Das jüngste Ereignis ist ein Aufruf von 181 Parteimitgliedern gegen den »Neokommunismus« innerhalb der Linkspartei, der Anfang Mai veröffentlicht wurde. S. Dagens Nyheter, 15. Mai 2003.

ging dabei Hand in Hand mit den ersten Versuchen aus Gewerkschaftskreisen heraus, strategische Fragen und eher visionäre politische Themen wieder auf die politische Tagesordnung zu führen.

Ein wichtiger Grund für den Versuch der Gewerkschaften, die politische Durchschlagskraft durch eine Repolitisierung der gewerkschaftlichen Positionen zu verstärken, war hierbei der endgültige Zusammenbruch der zentralen, nationalen Tarifverhandlungen in Schweden. Der schwedische Gewerkschaftsanalytiker Örjan Nyström hat darauf hingewiesen, dass die gewerkschaftliche Seite die Krise des alteingespielten Verhandlungssystems, die sich ab den späten 1970er Jahren abzeichnete, lange Zeit nicht wahrhaben wollte und deswegen lange einen erheblichen taktischen Nachteil zu verbuchen hatte. Laut Nyström erfolgte eine Anpassung der gewerkschaftlichen Strategie an die veränderte Ausgangssituation erst nach 1996, als die Verteidigung der schwedischen Betriebsverfassungsgesetze und der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung zu den wichtigsten Fragestellungen erhoben wurden.<sup>14</sup>

In diese Zeit fällt auch die Einrichtung des ersten gewerkschaftlichen think tanks namens »LO-idédebatt«<sup>15</sup> im Jahr 1997. Ein wichtiger Anlass für diese Orientierung auf strategische Fragen war nicht zuletzt der Umstand, dass man in Gewerkschaftskreisen einzusehen gezwungen war, dass der Direkteinfluss auf die Spitze der Sozialdemokratie im Schwinden begriffen war, dies ungeachtet des Umstandes, dass führende Gewerkschaftsfunktionäre nach wie vor im Parteivorstand von SAP saßen (und es bis heute noch tun). Dies zwang die Gewerkschaftsführung dazu, selbst eine breitere Strategiediskussion zu initiieren und zielbewusst den Versuch zu unternehmen, einen ideologischen Gegenpol zu den think tanks des Arbeitgeberverbandes zu etablieren.

LO-idédebatt ist dabei auch als eine Reaktion auf die Kritik seitens bürgerlicher und gewisser sozialdemokratischer Kommentatoren zu sehen, die die Proteste aus Gewerkschaftskreisen gegen Wohlfahrts- und Arbeitsrechtreformen der 1990er Jahre mit dem Hinweis auf den Konservatismus und die »Entwicklungsfeindlichkeit« des schwedischen Gewerkschaftsdachverbands zu diskreditieren versuchten.

Das erklärte Nahziel von LO-idédebatt war es, die gesellschaftliche Debatte über Arbeitsrecht und Mitbestimmung anzuregen. LO-idédebatt war gleichzeitig auch ein Versuch, die politische Bildung der gewerkschaftlichen Eliten mit der akademischen Debatte um die Aussichten des schwedischen Wohlfahrtsmodells im Zeitalter der Globalisierung zu verknüpfen. Beeinflusst durch die parallele Diskussion um den sozialdemokratischen »Hegemonieverlust« und die Konflikte zwischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Regierung Persson um die sozialen Einschnitte der vorangegangenen Jahre, konzentrierte sich LO-idédebatt anfangs auf den Versuch, Akademiker und Journalisten in die Bildung gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre einzubeziehen.

Mittlerweile hat LO-idédebatt sich zu einem Netzwerk radikaler Gewerkschaftler, Akademiker und Publizisten entwickelt. Darüber hinaus haben die Seminare von LO-idédebatt inzwischen, nicht zuletzt dank der Zusammenarbeit mit dem Stockholmer Zentrum für

14 Örjan Nyström: Mellan anpassning och motstånd (Stockholm 2000). Das traditionelle schwedische Verhandlungsmodell, gelegentlich als »skandinavischer Neokorporatismus« bezeichnet, baute seit 1938 auf nationalen Verhandlungen zwischen den Dachverbänden der Arbeitgeber und dem Industriegewerkschaftsverband LO. Die gemeinsamen Ziele waren Arbeitsfrieden und eine aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik zum Lastenausgleich zwischen starken und schwachen Industriezweigen. Hinzu kamen wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung als Voraussetzungen und Ziele dieser Arbeitsmarktpolitik. Interessanterweise und recht bezeichnend für den desolaten Zustand der linken Strategiedebatte ist hierbei, dass dieses im Rahmen von sozialdemokratischer Selbstbeweihräucherung oft als »Volksheim« bezeichnetes Modell immer noch von den ehemaligen Kritikern von links, d. h. Linkspartei samt gewissen K-Gruppen, gegen den »Neoliberalismus« verteidigt wird.

15 In Schweden sind Arbeiter, Angestellte und Akademiker in unterschiedlichen Gewerkschaftsdachverbänden organisiert (LO, TCO respektive SACO). In diesem Text wird der Begriff »Gewerkschaftsbewegung« synonym mit LO, dem Dachverband der Industriegewerkschaften benutzt. LO ist die mitgliederstärkste organisierte Interessenorganisation Schwedens mit z. Z. 1 918 800 Mitgliedern laut eigenen Angaben. Da die Gewerkschaftszuordnung branchenweise erfolgt, gehören auch viele Ange-

stellte dem Dachverband an, der laut Statut eine der Sozialdemokratie nahe-stehende Organisation ist.

16 CMS ist eine Stiftung der politischen Bildung, die 1977 vom Vorstand der Linkspartei (damals Linkspartei-Kommunisten) gegründet wurde. Die Stiftung wird nicht mit Geldern der öffentlichen Hand gefördert und ist auf Donationen und die Unterstützung der Reichstagsfraktion der Linkspartei angewiesen. Vorsitzender von CMS ist seit Gründung C. H. Hermansson, langjähriger Vorsitzender der Partei. CMS-Veranstaltungen sind auf den Raum Stockholm konzentriert, seit dem Jahr 2001 existieren jedoch Filialen in vier südschwedischen Universitätsstädten.

17 Olle Sahlström: Den röde patriarken (Stockholm 1998), insbesondere S. 178 ff.

18 Ich klammere hierbei bewusst die Grünen aus, die in Schweden nie ein Selbstverständnis als »linke« Partei gehabt haben. Auch wenn die Grünen in gewisser Hinsicht Positionen einnehmen, die sehr nahe an denen der Linkspartei liegen, sind sie eher als eine radikaldemokratische Bewegung der (akademischen) politischen Mitte zu verstehen.

19 Die Linkspartei verlor 3,7 Prozenteinheiten in der letzten Reichstagswahl, bleibt jedoch auch weiterhin eine der Zusammenarbeitspartnerinnen der sozialdemokratischen Minderheitenregierung Göran Perssons. Bezeichnenderweise ist seit Dezember 2001 keine Mitglieder-

marxistische Gesellschaftsstudien (CMS)<sup>16</sup>, die wichtige Funktion bekommen, den Graben zwischen Sozialdemokraten, Ex-Kommunisten und anderen linken Kräften überbrücken zu helfen.

### *Mitgliederbildung*

Aber auch der Versuch, politische Fragen »zurückzuerobern«, hat nicht verhindern können, dass auch die schwedischen Gewerkschaften unter Mitgliederschwund und zunehmender Mitgliederpassivität zu leiden haben. Dies beruht nicht zuletzt darauf, dass der gewerkschaftliche Apparat, der ganz auf formalisierte, zentrale Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite ausgerichtet ist, sich als schwerfällig und inflexibel erwiesen hat. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften ist es deshalb, die eigenen Mitglieder zu (re-)aktivieren und auszubilden.

LO-idédebatt ist bislang jedoch nicht ausgeweitet worden und erreicht die unteren und mittleren Ebenen des gewerkschaftlichen Funktionsapparates deswegen nur in sehr geringem Maße. Es wurden zwar Anstrengungen unternommen, regionale »Filialen« zu gründen, das regionale Angebot reicht jedoch nicht über einige wenige Seminare und Vorlesungen hinaus. Zudem sind die Angebote von LO-idédebatt nur in Ausnahmefällen mit dem (zunehmend schmalere) Programm der traditionellen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit abgestimmt.

Dabei ist es dringend nötig, die gewerkschaftlichen Strukturen – und dies gilt auch für die Strukturen und Foren der politischen im Allgemeinen – für alle Mitgliedergruppen zu öffnen. Dies ist jedoch mit erheblichen strukturellen Problemen verbunden. Die amerikanischen Gewerkschafter Bill Fletcher Jr. und Richard W. Hurd beschreiben in dem Thesenpapier »Is Organizing Enough? Race, Gender, and Union Culture« diese organisatorischen Probleme: Frauen und Angehörige von ethnischen Minoritäten treffen auf erheblichen strukturellen Widerstand innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die auf einer patriarchalen Organisationskultur baut. Dies konstatiert auch die britische Soziologin Anne Munro in ihrer beeindruckenden Studie »Women, Work and Trade Unions«. Olle Sahlström, Sekretär von LO-idédebatt, fordert aus einer ähnlichen Problemanalyse heraus eine neue Kultur der innergewerkschaftlichen Diskussion und Selbstkritik – und plädiert für eine dringend notwendigen Lockerung der straffen Organisationshierarchie der schwedischen Gewerkschaften.<sup>17</sup>

### *Netzwerkparteien*

Ähnliche Probleme wie die Gewerkschaften haben auch die etablierten Parteien der Linken, sowohl die Sozialdemokratie als auch der in den letzten Jahren in Schweden erheblich stärker gewordene Herausforderer, die Linkspartei.<sup>18</sup> Während die SAP Mitglieder verliert und vor allem Probleme hat, junge Mitglieder zu gewinnen, konnte die Linkspartei im Gegensatz dazu lange kein Konzept finden, um den Mitgliederzufluss der späten 1990er Jahre zu kanalisieren. Mittlerweile, v. a. nach dem Wahlverlust des Jahres 2002, sind jedoch vermutlich auch für die Linkspartei die Mitgliederzahlen zumindest stagnierend.<sup>19</sup>

Ein Grundproblem hierbei ist, dass bei geringer Mitgliederaktivität sowohl innerhalb von SAP als auch von Linkspartei die politische Alltagsarbeit synonym geworden ist mit kommunaler Politikverwaltung und im besten Fall Wahlkampfarbeit. Dieser Trend wird verstärkt durch die Tendenz der respektiven Parteispitzen, auf das rasante Tempo der heutigen massenmedialen Öffentlichkeit mit einer »Professionalisierung« der Politik zu reagieren. Wie der norwegische Politologe Knut Heidar feststellt, hat dies mit sich geführt, dass sich traditionelle Massenparteien zu modernen »Netzwerkparteien« entwickelt haben. Laut Heidar sind Parteien wie die schwedische Linkspartei zu professionalisierten »Kampagneorganisationen« geworden, die sich eher auf Netzwerke von externen Experten, Werbeagenturen und Lobbyisten verlassen als auf die Mobilisierung und Ausbildung der eigenen Mitglieder. Gleichzeitig wächst innerhalb dieser Parteien – ganz im Gegensatz zur Entwicklung innerhalb der außerparlamentarischen Bewegungen – die Kluft zwischen »großer« nationaler und »kleiner« lokaler Politik.<sup>20</sup>

Was die Linkspartei betrifft, kann dies verdeutlicht werden mit dem schmerzvollen Prozess, das feministische Profil der Partei innerhalb aller Parteistrukturen zu verankern. 1995 wurde die Linkspartei statutengemäß zur ersten feministischen Partei Schwedens ernannt. Mangels einer breiteren Verankerung der feministischen Positionen innerhalb der Mitgliedschaft der Partei entbrannten noch jahrelang Konflikte um das Verhältnis von »Feminismus« und »Marxismus«, »Gender« und »sozialer Klasse« in Mitgliederzeitungen und auf Parteitag. Auch rein strukturell war und ist die Teilnahme an lokalen Studienkreisen, Seminaren und den Foren der Mitgliedersdiskussion, wie Mitgliederszeitungen und virtuellen »Diskussionsbasen« weitgehend männlich.

Ein interessanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass der Parteitagbeschluss von 1995 bemerkenswerterweise zusammen fiel mit der Abwicklung des Studiensekretariats der Partei und der theoretischen Zeitschrift »Socialistisk Debatt«.<sup>21</sup> Es bleibt zu vermuten, dass die Diskrepanz zwischen Programmatik und Praxis steigt, wenn es an Möglichkeiten zur breiten Diskussion innerhalb der Partei mangelt.

Heidars These kommt auch zum Ausdruck in einem der beschwerlichsten organisatorischen Probleme der Linkspartei: da der Anteil der aktiven Parteimitglieder sinkt, haben viele Kreis- und Distriktsverbände der Linkspartei mittlerweile erhebliche Probleme, ihre parlamentarischen Nebenmandate zu besetzen. Die parlamentarische Expansion der 1990er hat außerdem die organisatorischen Probleme der Partei verschärft: Ämterhäufung und die Verschmelzung von Partei- und Parlamentsarbeit sind heute weitgehend an der Tagesordnung, trotz verschiedener Versuche, diesem Trend entgegen zu wirken. Vor allem Mitgliederaktivitäten wie politische Studien, Organisationsausbildungen und offene Debatten leiden darunter. Auch die Anzahl der Mitglieder, die in Wahlkampagnen mobilisiert werden kann, sinkt, was Hand in Hand geht mit der Überbelastung von ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern und zu einer Steigerung des Einflusses der Angestellten der Partei auf Kosten von Vorständen führt.

statistik mehr veröffentlicht worden. Meine Vermutung fußt deswegen auf der generalisierenden Annahme, dass der Trend, der nachweislich in Norrköping, Malmö und anderen Städten zu verzeichnen ist, auch landesweit zutrifft.

20 Knut Heidar: *Statistisk utvärdering av utsyn* (Oslo 2001).

21 *Socialistisk debatt* wurde auf Initiative von einzelnen Parteimitgliedern und Lesern »gerettet« und zunächst von einem Verein herausgegeben, der dem Centrum für marxistische Gesellschaftsstudien nahe stand. Seit dem Jahr 2000 wird die Zeitschrift direkt von CMS herausgegeben.

22 Vänsterpress erscheint mit 10 Nummern im Jahr und fungiert zugleich als Mitgliedszeitung und an die Presse gerichtetes Organ des Parteivorstandes, was zu gewissen konzeptionellen Konflikten führt.

23 [http://www.vansterpartiet.se/PUB\\_AktiVera/6580,6578.cs](http://www.vansterpartiet.se/PUB_AktiVera/6580,6578.cs)

24 Zum Begriff »Eigensinn« siehe Alf Lüttke: *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis zum Faschismus*, Hamburg 1993.

Ein Schlusssatz, der in einer Organisationsanalyse des Jahres 1998/99 gezogen wurde, lief darauf hinaus, den Zusammenhalt der Partei durch Professionalisierung des Parteiorgans »Vänsterpress«<sup>22</sup> zu fördern. Außerdem kam man zu dem Schluss, die Kommunikationswege innerhalb der Partei zu effektivieren und zu öffnen, u. a. durch die regelmäßige nationale Konferenzen zu ausgesuchten Themen. Man sprach auch von »Kompetenznetzwerken«, die von Parteivorstandsmitgliedern »koordiniert« und »virtuell«, d. h. per E-post, funktionieren sollen.

#### »Neue Politik«

Derartige Ideen stammen aus der Analyse, dass die entscheidenden Impulse für den gesellschaftlichen Widerstand im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr aus den Reihen der traditionellen linken Bewegungen gekommen sind, sondern aus sogenannten neuen sozialen Bewegungen. Dies kommt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck auf der Homepage der Linkspartei, wo unter der Rubrik »aktiviere dich« hauptsächlich Links zu diversen NGOs zu finden sind.<sup>23</sup>

Schon seit langem haben Soziologen sich bemüht, das Phänomen »neue soziale Bewegungen« zu analysieren. Studentenbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung, Friedensbewegung, Solidaritätsbewegungen und neuerdings auch Bewegungen von Arbeitslosen, Migranten usw. werden gerne in Kontrast zu den klassischen sozialen Bewegungen und Parteien gesehen. Das Pathos dieser Bewegungen und der Enthusiasmus ihrer Basis erinnern jedoch an die junge Arbeiterbewegung und deren Ambition, alternative Lebenswelten zu schaffen, auch wenn die jeweiligen historischen Voraussetzungen natürlich unterschiedlich sind.

Dank des enormen Potentials neuer Kommunikationstechniken und neuer, globalisierter Strukturen des wirtschaftlichen und intellektuellen Lebens könnte der alte Internationalismus der Arbeiterbewegung zwar eigentlich einen neuen, konkreten Inhalt in neuen sozialen Bewegungen bekommen. Bei allen strukturellen Unterschieden zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen ist das Kernelement der gesellschaftlichen Dynamik dieser Bewegungen das Streben nach alternativer Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Freiräumen. Ähnlich wie auch die junge Arbeiterbewegung widmen sich die heutigen sozialen Bewegungen der Verteidigung und dem Ausbau »eigensinniger« Sphären im bürgerlich dominierten ideologischen Raum. Dieses Streben war einst eine Voraussetzung für die historische Stärke der Arbeiterbewegung.<sup>24</sup>

Im Gegensatz zur traditionellen und seit langem gesellschaftlich integrierten Arbeiterbewegung, die, wie verschiedentlich von mir angedeutet, von ihren parlamentarischen Machtansprüchen immer mehr in Anspruch genommen wird, sind die jüngeren Bewegungen jedoch nach wie vor offensive und »eigensinnige« Außenseiter. Die Zukunft der globalen Linken liegt wohl nicht in erster Linie in der Mobilisierung zu mehr oder weniger militanten Gegendemonstrationen gegen Weltbank, G 8 und andere Symbole der internationalen Machtverhältnisse, aber solche Demonstrationen haben ohne Zweifel einen sehr motivationsfördernden und u. U. auch einen erheblichen medialen Nutzen. Der Eigensinn und die Fähigkeit, in die



strategische Offensive zu gehen, die die Massendemonstrationen der irreführend als »Globalisierungsgegner« abgefertigten Bewegung in den letzten Jahren auf beeindruckende Weise gezeigt haben, muss von *Linksparteien* zurückerobert werden – ohne dass dabei die Möglichkeit, parlamentarischen Einfluss zu erlangen, aufgegeben werden sollte.

Dies bedeutet natürlich, dass Linksparteien ihren Erfahrungshorizont erweitern und die Dynamik der politischen Kämpfe von außerparlamentarischen Bewegungen analysieren und nutzen müssen. Dies ist keine neue Erkenntnis. Im Fall der schwedischen Linkspartei ist diese Erkenntnis jedoch auf den Nenner »Internetnetzwerke« und »elektronische Demokratie« reduziert worden, und die Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnik sind so für die meisten Ansätze zur organisatorischen Neuorientierung zum Kompass, Ziel und Selbstzweck mutiert.

Was die organisatorische Seite betrifft, so scheint der Ansatz, bislang geschlossene Parteistrukturen für weitere Mitgliedskreise zu öffnen, zwar prinzipiell wichtig, allerdings nicht ausreichend. Ganz davon abgesehen, dass die Möglichkeit, sich per Computer an offenen Debattenforen zu beteiligen, nach wie vor nur von einem recht spezifischen und oftmals männlichen Benutzerkreis wahrgenommen wird, haben solche Foren auch die Tendenz, leicht zur »Quasselbude« zu degenerieren. D. h., dass die Debatten, die dort geführt werden, kaum bis gar keinen Einfluss auf die aktuelle Parteiarbeit haben. Will man den Pfad der »virtuellen Partei« weiter verfolgen, darf man nicht den Fehler machen, die real-existierende Parteiarbeit von der Online-Information weg zu koppeln. Weder Internetlösungen noch die demonstrative Teilnahme von Linksparteivertretern an Mammutveranstaltungen wie dem Weltsozialforum von Porto Alegre können auf Dauer die lokale und *breite* soziale Verankerung einer linken Bewegung ersetzen.

Die Zukunft der Linkspartei liegt deswegen m. E. in einer Rekonstruktion der Partei als *Bewegung*. Zum einen muss die soziale Basis einer solchen Bewegung den Gegebenheiten des modernen Kapitalismus angepasst werden – die Ausgebeuteten der avancierten Dienstleistungsgesellschaften müssen sich ebenso in diese Bewegung einbringen können wie Industriearbeiter und die neue globale Unterschicht der illegalen und halblegalen Migranten<sup>25</sup>. Zum anderen muss sich diese Bewegung den Einflüssen von neuen sozialen Bewegungen und avancierter geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Forschung, etwa auf dem Gebiet der marxistischen und feministischen Theoriebildung, öffnen. Die Voraussetzung hierfür scheint eine offene und freie Diskussion über die mögliche Aufgabenverteilung und Organisationsstruktur einer solchen »neuen« Arbeiterbewegung zu sein. Dies ist eine Herausforderung, der sich die schwedische ebenso wie die europäische Arbeiterbewegung und nicht zuletzt auch die neuen sozialen Bewegungen zu stellen haben.

### *Utopische Energie*

Die Kernfrage für eine Linkspartei wie die schwedische, deren Anstrengungen, sich organisatorisch zu erneuern, von einer merkwürdigen Mischung aus Anpassung an parlamentarische Gegebenheiten

25 Laut Ulf Hannerz wächst die Anzahl von Individuen mit begrenzten staatsbürgerlichen Rechten in der westlichen Welt stetig. Ulf S. Hannerz: *Transnational connections: culture, people, places*, London 1996.

und Widerstand gegen die Anforderungen der »neuen Politik« geprägt zu sein scheinen, ist es hierbei, wie die utopische Energie der jungen organisierten Arbeiterbewegung wiederentdeckt werden kann.

Aus dem Primat der parlamentarischen Politik ergibt sich nicht zuletzt für kleinere Linksparteien das Dilemma, dass die politischen Kernauffassungen großer Teile der Mitgliedschaft leicht in Konflikt geraten mit den begrenzten Möglichkeiten zur tiefer greifenden gesellschaftlichen Veränderung, die Machtpositionen in Kommunen, Regionen oder Reichstag voraussetzen. Ein Politikverständnis, das »Etablierung« mit Wahlergebnissen und der Beteiligung an kommunaler, regionaler und nationaler parlamentarischer Macht gleichsetzt, führt natürlich mit sich, dass »etablierte« politische Parteien sich zwangsläufig im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung bewegen (müssen). Dies wird im schlimmsten Fall von sowohl Mitgliedern als auch angestammten Wählern als eine Diskrepanz zwischen der parlamentarischen Arbeit der Partei und den programmatischen Aussagen von Partei- und Wahlprogrammen empfunden.

Dies wird zum dauerhaften Problem für eine Linke, die sich als visionär systemüberschreitend versteht, jedoch keine Möglichkeiten mehr sieht, ein zielbewusstes, gegenhegemonisches Projekt zu verfolgen. Da die traditionellen Parteien der schwedischen Arbeiterbewegung, d. h. Sozialdemokraten und (Ex-)Kommunisten, ihre systemüberwindenden Ambitionen aus pragmatischen Erwägungen heraus weitgehend zu Grabe getragen haben, hat man nicht nur die Möglichkeit aufgegeben, die bestehenden Verhältnisse *grundlegend* zu verändern, sondern obendrein eine innerparteiliche strukturelle Krise geschaffen, die nur schwer zu beheben ist.

Sowohl für die Linkspartei als auch für die SAP kann konstatiert werden, dass die Kluft zwischen programmatischer Klassenkampfretorik und einer Alltagspolitik, die z. Z. vor allem auf kommunalem Niveau synonym ist mit der Verwaltung von materiellen Einsparungen, immer deutlicher wird. Dies wird für beide Parteien zum organisatorischen Problem, da Teile der Mitgliedschaft (SAP) respektive der Grossteil der Mitgliedschaft (Linkspartei) und nicht zuletzt die Sympathisanten der Parteien Probleme haben, sich mit dieser Politik der sozialstaatlichen Rückschritte zu identifizieren.

Es gilt darüber hinaus einzusehen, dass die traditionellen Linksparteien, und das heißt sowohl sozialdemokratische als auch (post-)kommunistische Parteien, heute als im Grunde konservative Strukturen angesehen werden müssen. Dies geht nicht zuletzt auf die starre Organisationsform zurück. Gleichzeitig darf man jedoch nicht übersehen, dass diese Organisationsformen sich als sehr effektiv im Kampf um parlamentarischen Einfluss erwiesen haben. Im Gegensatz zu den meisten außerparlamentarischen Einfragebewegungen, die oft eine beachtliche innere Dynamik entwickeln können, mangelt es jedoch der schwedischen Linkspartei (von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen) z. Z. an einem politischen Projekt, das die notwendige utopische Energie entwickeln könnte, die gebraucht wird, um alte Mitglieder zu mobilisieren und neue in der Partei zu halten.

Dies ist dem Parteivorstand der Linkspartei durchaus klar. Der aktuelle Versuch von Vorstand und Programmkommission, ein solches

Projekt in Form einer offensiven Debatte von Macht- und Eigentumsfragen zu schaffen, ist jedoch auf erbitterten Widerstand aus den eigenen Reihen gestoßen. Dies zeigt der zur Zeit rasende Strömungsstreit innerhalb der Linkspartei deutlich: Um die Nachfolge der im Januar hastig zurückgetretenen Parteivorsitzenden der Linkspartei, Gudrun Schyman, ist ein heftiger Streit entbrannt, der eher extern als intern geführt wird.<sup>26</sup> Nicht zuletzt, weil dies mit sich führt, dass dieser interne Machtkampf den Präferenzen der Medien angepasst werden muss, wurde die interne Debatte zu einem Konflikt zwischen »Erneuerern« und »Neokommunisten« stilisiert. In zahlreichen Leserbriefen, Pressemitteilungen und Debattenartikeln wurde und wird behauptet, dass die Linkspartei auf dem Weg sei, von »Neokommunisten« übernommen zu werden. In diesem Zusammenhang wurde der aktuelle Programmentwurf der Programmkommission der Linkspartei als Beispiel für diese Entwicklung angegriffen.<sup>27</sup>

Dies kann natürlich aus einer Logik der Medienträchtigkeit heraus als Ausdruck für eine simple personalbedingte Führungskrise interpretiert werden. Auch zu Gudrun Schymans Zeiten drangen die innerparteilichen politischen Grabenkriege gelegentlich an die Öffentlichkeit, allerdings wagten ihre Kritiker nie, sie direkt herauszufordern, da sie als die entscheidende Garantin der Wahlerfolge der Partei angesehen wurde. Schyman erhielt regelmäßig Spitzenergebnisse in Politikerpräferenz- und Politikervertrauensumfragen und konnte es sich demzufolge leisten, sowohl den Parteiapparat als auch mehr oder weniger große Teile der Mitgliedschaft gelegentlich in Presseinterviews und ähnlichen Auftritten zu provozieren und sowohl Parteivorstandsbeschlüsse als auch die konfliktgeladene Arbeit der Programmkommission zu ignorieren.

Man kann jedoch nicht darüber hinwegsehen, dass es aus der Perspektive der organisatorischen Stabilität einer Linkspartei eher als Ausdruck für eine strukturelle Führungskrise zu sehen ist, wenn die Parteistruktur auf die Person der Parteivorsitzenden und womöglich einer Handvoll von medialen Nebenakteuren reduziert wird. Dies steigert nicht zuletzt die Verletzlichkeit einer Partei: Der Vertrauensverlust der Vorsitzenden zieht dann nämlich zwangsläufig eine empfindliche Krise der gesamten Partei nach sich, nicht nur in den Augen der Medien, sondern nicht zuletzt auch in den Augen des Teils der Mitglieder, die mangels anderer Kontaktflächen innerhalb der Partei genauso wie Nichtparteimitglieder ihre Loyalität in erster Hand mit der Person des/der Parteivorsitzenden verbinden.

### *Offenes Politikverständnis*

Zu einem Zeitpunkt, als die europäische Linke nach Jahren des Misserfolgs endlich auf dem Vormarsch zu sein schien, wiesen verschiedene Analytiker darauf hin, dass während der 1990er Jahre eine »neue Linke« links von der Sozialdemokratie entstanden war. Spaniens Vereinigte Linke, die Flora der linken Parteien Frankreichs, die schwedische Linkspartei und auch die PDS wurden gerne als Beispiele für eine parlamentarische Linke angeführt, die das Vakuum links der politischen Mitte, das durch den Rechtsruck der meisten sozialdemokratischen Parteien Europas entstanden sei, gefüllt habe.<sup>28</sup>

26 Schyman sah sich nach einem Medienkandal um ihre angeblich versuchte Steuerhinterziehung dazu gezwungen, den Parteivorsitz zu verlassen. Anfang Februar wurden die Reichstagsabgeordneten Ulla Hoffman und Alice Åström als kommissarische Vizevorsitzende vom Parteivorstand eingesetzt. Auf dem Parteikongress im Januar 2004 wurde Lars Ohly zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

27 Entsprechende Gastkommentare und »Aufrufe« finden sich in der größten Morgenzeitung Schwedens, dem liberalen Dagens Nyheter (6. Februar 2003, 14. Februar 2003, 15. Mai 2003). Auch die meisten der größeren Tageszeitungen veröffentlichten solche Texte.

28 Diese Ansicht findet man z. B. in Hudson, Kate: European communism since 1989: towards a new European left? London 2000. Der schwedische, sozialdemokratische Journalist Olle Svenning konstatiert in diesem Zusammenhang, dass dieser Prozess zeitgleich mit der wohl wachsenden Entfremdung der Gewerkschaften von sozialdemokratischen Regierungen erfolgt ist. Svenning in Sven Olof Arbestål (Hg.): Finns arbetarrörelsen? 16 inlägg om facket och politiken. (Stockholm 2000).

Dies scheint jedoch eine Illusion gewesen zu sein, wie die negative Entwicklung der Wahlziffern sämtlicher dieser Parteien andeutet. Wahlerfolge können also täuschen, wie nicht zuletzt das Beispiel der schwedischen Linkspartei zeigt. Die Linke scheint offenkundig nicht in der Lage zu sein, aus der gelegentlich recht deutlichen Unzufriedenheit mit der post-keynesianischen Wirtschaftspolitik anderen als wahltechnischen Nutzen zu ziehen, und dies, wie oben beschrieben, nicht selten auf Kosten des Verlusts von Vertrauenskapital bei den eigenen Mitgliedern und nicht zuletzt in den Kreisen der traditionellen Stammwählerschaft.

Dies legt den Schlusssatz nahe, dass es einer größeren Anstrengung bedarf, um der stagnierenden Parteilinken den Charakter einer dynamischen und »der Zukunft zugewandten« Bewegung zu verleihen. Da die gelegentlichen Versuche von Linksparteien, existierende Bewegungen zu vereinnahmen, eher selten erfolgreich sind, scheint mir eine Strategie, die sich darauf besinnt, dass nur eine *lebendige* Partei ein natürlicher Fokus für nahestehende soziale Bewegungen werden kann, eher erfolgversprechend zu sein.

Für mich liegt es nahe anzunehmen, dass Linksparteien viel von sozialen Bewegungen zu lernen haben, allerdings gut daran tun, die eigenen Wurzeln ihrer (früheren) Erfolge nicht zu vergessen. Dies führt mit sich, dass das Verständnis von »Politik« erweitert und geöffnet werden muss. In Schweden hat vor allem die »alte« Gewerkschaftsbewegung angefangen, dies einzusehen und begonnen, sich den außerparlamentarischen linken Bewegungen in gewisser Weise zu nähern. Gleichzeitig ist man jedoch vorsichtig darauf bedacht, die eigene Geschichte als identitätsstiftende »Erfolgsstory« zu bewahren und hervorzuheben.

Allerdings wird dieser Prozess der Öffnung der traditionell sehr sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften von dem offensichtlichen Flirt der Führung der Linkspartei mit der Gewerkschaftsbasis gestört. Auch wenn es verständlich ist, dass eine linke Partei, die sich selbst der Arbeiterbewegung zuzählt, versucht, ihre direkte Verankerung in Gewerkschaftskreisen zu erweitern, hat dieser Einflussnameversuch natürlich den negativen Effekt, dass in Gewerkschaftskreisen alte (antikommunistische) Vorurteile bestätigt und neue Gräben gegraben werden.

Nur ein vorbehaltloser und selbstkritischer Dialog, der frei von organisationsegoistischem Zweckdenken ist, kann indes garantieren, dass sowohl Linksparteien als auch Gewerkschaften zu ihren radikalen Wurzeln zurückfinden können. Ein solcher Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern muss in *offenen* Arenen stattfinden. LO-idédebatt ist sicherlich ein seriöser, allerdings auch ein bescheidener Versuch, eine solche Arena zu schaffen. Will man die »kleinen Intellektuellen« der Gesellschaft gewinnen, muss die Arbeiterbewegung ihre einstige ideologische und politische Initiative im wesentlich größeren Maßstab zurückerobern. Dies bedarf meines Erachtens einer konzertierten Anstrengung von linken Kräften in der Gesellschaft, die darauf abzielt, alternative Debattenforen zu fördern und Freiräume für die strategische Debatte der Gesamtlinken zu schaffen. Bis dahin ist es jedoch weit, und die zur Verfügung stehenden Mittel sind eher bescheiden.

Ein vielversprechendes und relativ einfaches Modell für ein solches Forum wurde im nordschwedischen Umeå erstmals 1998 getestet: Auf dem »Sozialistischen Forum« trafen Vertreter aller Schattierungen der Linken zusammen, um in verschiedenen Workshops anliegende Themen und generelle Probleme zu diskutieren. Von Anfang an sollte die Gefahr einer parteipolitischen Vereinnahmung durch die Aufstellung von gewissen Verfahrensgrundregeln und die Weigerung der Ausgrenzung von spezifischen Organisationen der Linken vermieden werden. Veranstalter waren LO-idédebatt, das Bildungswerk der Arbeiterbewegung ABF und die radikaldemokratische Vereinigung »Ordfront«.

Das Sozialistische Forum wurde gegen den Widerstand der örtlichen Sozialdemokraten durchgeführt, die u. a. damit drohten, die wichtige materielle Unterstützung seitens der Stadt Umeå zu streichen. Aus dem Unternehmen wurde jedoch ein beeindruckender Erfolg: Mehr als 800 Teilnehmer nahmen am ersten sozialistischen Forum teil, und noch mehr hätten es sein können, wenn die Örtlichkeiten es zugelassen hätten. Inzwischen werden offene sozialistische Foren, die Repräsentanten für sowohl Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Linkspartei als auch außerparlamentarische Bewegungen und K-Gruppen sammeln, in verschiedenen schwedischen Städten mit beeindruckendem Erfolg abgehalten. Das Interessante dabei ist, dass die immer wieder aufkommende Kritik am Etikett »sozialistisch« und an der kategorischen Weigerung der Veranstalter, bestimmte Organisationen oder Akteure per se auszuschließen, bislang mit großer Mehrheit abgewiesen worden sind.<sup>29</sup>

29 Ein aktuelles Beispiel ist mein Wohnort Norrköping, wo der Versuch der hiesigen Sozialdemokraten, das Forum in »Radikales Forum« umzutaufen, am Widerstand der Gewerkschaftsvertreter gescheitert ist.

#### Literatur

- Arbestål, Sven Olof (Hg.): Finns arbetarrörelsen? 16 inlägg om facket och politiken, Stockholm 2000.
- Demokratiutredningen: En uthållig demokrati! Politik för folkstyrelse på 2000-talet. Demokratiutredningens betänkande (SOU 2000:1) Stockholm 2000.
- Esping-Andersen, Gøsta: The three worlds of welfare capitalism, Cambridge 1990.
- Fletcher, Bill Jr. und Hurd, Richard W.: »Is Organizing Enough? Race, Gender, and Union Culture« in: New Labor Forum, Spring/Summer 2000.
- Hannerz, Ulf: Transnational connections : culture, people, places, London 1996.
- Hansson, Sven Ove und Lodenius, Anna-Lena: Operation Högervändning, Stockholm 1988.
- Heidar, Knut: Statsvitenskaplig utsyn (Oslo 2001).
- Hudson, Kate: European communism since 1989: towards a new European left? London 2000.
- Linderborg, Åsa: När socialdemokraterna skriver historia. SAP:s historieskrivning 1893 – 2000, Stockholm 2001.
- Lüdtke, Alf: Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis zum Faschismus, Hamburg 1993.
- Munro, Anne: Women, Work and Trade Unions, London/New York 1999.
- Nyström, Örjan: Mellan anpassning och motstånd, Stockholm 2000.
- Sahlström, Olle: Den röde patriarken, Stockholm 1998.
- Stråth, Bo: Mellan två fonder. LO och den svenska modellen, Stockholm 1998.